

### Liebe Freunde der Freien Wähler, sehr geehrte Damen und Herren,

das kommunale Geschehen in unseren Städten und Gemeinden, in den Landkreisen und in der Region rückt langsam in den Hintergrund. Die bevorstehenden Festtage sollen uns Gelegenheit geben, etwas Abstand zu gewinnen und uns auf das zu besinnen, was wichtiger ist als alle Kommunalpolitik – die Besinnung auf Werte wie Familie und ein friedliches Miteinander.

Die zurück liegenden Monate haben einmal mehr deutlich gemacht, dass wir längst an unseren wirtschaftlichen Grenzen angelangt sind. Auch wenn es uns gelingen wird, die gegenwärtige Krise zu bewältigen, wird es immer mehr Menschen geben, die auf die Solidargemein-

schaft angewiesen sind. Deshalb ist die Politik im Bund und in den Ländern aufgefordert, nicht mit Blick auf Wählerstimmen den Augenblickserfolg zu suchen, sondern unsere Zukunft auf eine solide Basis zu stellen. Das Geschehen in Berlin wirft da viele Zweifel auf.

Auf kommunaler Ebene ist jetzt mehr denn je das gefragt, was uns Freie Wähler auszeichnet – die Freiheit der persönlichen Entscheidung und die Orientierung am Gemeinwohl. Es bleibt der Wunsch, dass dies auch in der Politik zum alleinigen Maßstab wird.

Ihre Regionalfraktion bedankt sich herzlich für Ihren persönlichen Einsatz in der Vergangenheit. Nur weil wir Freien Wähler vor Ort eine Vertrauensbasis geschaffen haben, war der große Erfolg bei

der Kommunalwahl 2009 möglich. Er ist dies eine große Chance, aber auch eine Verpflichtung für uns alle.

*„Es gibt kaum ein beglückenderes Gefühl, als zu spüren, dass man für andere Menschen etwas sein kann.“ (Dietrich Bonhoeffer)*

Wir wünschen Ihnen eine besinnliche Advents- und Weihnachtszeit und ein Jahr 2010, das Ihnen viele persönliche Wünsche erfüllt.

Ihre Regionalfraktion

Heinz Kälberer, Peter Aichinger, Alfred Bachofer, Karl-Heinz Balzer, Frank Buß, Dr. Dieter Deuschle, Wilfried Dölker, Rainer Gessler, Andreas Hesky, Joachim Hülscher, Jochen Kretschmaier, Rolf Kurfess, Bernhard Maier, Markus Nau, Thomas Sprißler



### Keine Rücksichtnahme auf die schwierige Lage der Städte, Gemeinden und Landkreise

Die Beratungen zum Haushalt 2010 des Verbands Region Stuttgart haben das Gefühl erzeugt, dass sich große Teile der Regionalversammlung immer weiter von der kommunalen Ebene entfernen. Die notwendige Solidarität angesichts der schwierigen Lage der Kommunen ist ausgeblieben.

Die Regionalfraktion Freie Wähler hat in den Etatberatungen aufgezeigt, dass der Verband in den letzten Jahren aus Mitteln der Kommunen rd. 38 Mio. € an Rücklagen angesammelt hat. Davon sind rd. 22 Mio. € zweckgebunden für Stuttgart 21 vorgesehen. An diesem für Baden-Württemberg wichtigen Zukunftsprojekt beteiligt sich der Verband mit 100 Mio. €. Bedauerlich, aber nicht zu ändern, ist die Tatsache, dass andere Wirtschaftsräume, die ebenfalls in hohem Maße von Stutt-



gart 21 profitieren werden, nicht mitfinanzieren müssen.

Es liegt doch nahe, jetzt die angesammelte Rücklage dafür zu verwenden, die Raten für 2010 und 2011 (jeweils 12,5 Mio. €) weitgehend daraus zu bestreiten, statt die Regionalumlage drastisch zu erhöhen. Tatsächlich sind nur 2,5 Mio. € Rücklagenentnahme vorgesehen, 10 Mio. € müssen die Landkreise (und damit über die Kreisumlage die Gemeinden) sofort aufbringen. Beim Verband parken also rd. 20 Mio. €, Geld, das den Kommunen für wichtige Maßnahmen fehlt. Zu beachten ist auch, dass die Gemeinden teure Darlehen aufnehmen müssen, während der Verband zinsgünstige Kassenkredite einsetzen kann oder gar bei Geldanlagen nur sehr geringe Erträge erzielt. Natürlich ist klar, dass im Falle einer Rücklagenentnahme die Umlage ab 2013 höher ausfallen

wird. Es ging uns um eine temporäre Entlastung in den besonders schwierigen Jahren 2010 und 2011. Die Mehrheit von CDU, SPD und Grünen hat unseren Antrag ohne vernünftige Begründung abgeschmettert. In den Kreistagen und Gemeinderäten haben deren Parteifraktionen wohl eine andere Sicht der Dinge.

Aus den übrigen Rücklagen und durch korrekte Veranschlagung von Einnahmen wären weitere rd. 5 Mio. € verfügbar gewesen – auch dies wurde abgelehnt. Auch der Antrag, wenigsten 500 000 € im Gesamthaushalt einzusparen, fand keine Mehrheit.

Man steht ratlos vor einer solchen Grundhaltung, die nur den Schluss zulässt, dass sich CDU, SPD und Grüne in der Regionalversammlung immer weiter von den Kommunen entfernen. Die Chance,

mit einer Entlastung für die kommenden Jahre ein positives Signal an die Gemeinden zu senden, einen solidarischen Beitrag zu leisten, wurde vertan. Der Verband Region Stuttgart, der in weiten Teilen eine ausgezeichnete Arbeit leistet, darf sich nicht wundern, wenn sich das immer wieder eingeforderte Regionalbewusstsein nur zögerlich entwickelt.

## Redebeitrag der Fraktion Freie Wähler in der Region zur Verabschiedung des Haushalts 2010 am 2. Dezember 2010

*Alfred Bachofer, stellv. Fraktionsvorsitzender*

Der Verbandshaushalt 2010 ist in schwieriger Zeit ein wichtiger und stabilisierender Faktor im öffentlichen und im Wirtschaftsgeschehen in der Region Stuttgart. Er setzt kontinuierlich auf den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, stärkt die Wirtschaftsförderung, schafft die Basis für die Erarbeitung des neuen Regionalverkehrsplans und baut in Partnerschaft mit den Kommunen weiter am Landschaftspark.

### Stuttgart 21

Ein klares Signal geht mit der ersten Finanzierungsrate in Richtung des landesweit bedeutsamen Schienenprojekts Stuttgart 21, von dem wir erwarten, dass der angekündigte Baubeginn ebenso Wirklichkeit wird wie die Einhaltung des Kostenrahmens. Hätten alle Projektpartner eine so konsequente Linie und transparente Informationsarbeit gefahren wie der VRS, gäbe es weit weniger Unsicherheit in der öffentlichen Meinung.

### Schwerpunkt ÖPNV

Wenig erfreulich ist die Tatsache, dass unsere Anstrengungen zum Ausbau des in

unserem Ballungsraum unverzichtbaren S-Bahn-Netzes seitens des Landes nicht die notwendige finanzielle Unterstützung finden. Wir haben uns auf eine Vorfinanzierung der Landesmittel in einer Größenordnung von 53 Mio. € eingelassen, ohne zu wissen, wann das Land diese Verpflichtung einlösen kann und will. Nüchtern betrachtet wird dadurch der wirtschaftliche Wert der Förderung zumindest halbiert. Geld das uns fehlt, genau genommen den Gemeinden, die diese Lücke schließen müssen. Geld, das gegenwärtig dringend benötigt wird für Investitionen die die Konjunktur stützen, für Kinderbetreuung, Bildung und Umweltschutzmaßnahmen.

Der Haushalt 2010 ist ein klares Bekenntnis zu unserer zentralen Aufgabe „S-Bahn“. Wir schaffen jetzt den Vorlaufbetrieb der S 60, die S 1 nach Kirchheim startet in den nächsten Tagen und es wird eine Reihe von Verbesserungen im Betrieb von S-Bahn und Nachtbus angepackt.

Das jüngst beschlossene Langzeitkonzept zum Ausbau und zur qualitativen Stär-

kung der S-Bahn ist kein Papier für die Schublade, sondern notwendige Orientierungslinie. Klar im Vordergrund steht für uns der Anschluss des Landkreises Göppingen an das Verbundnetz und letztlich auch die Vollintegration in den VVS. Das Steuer haben aber jetzt die Göppinger selbst in der Hand. Der Wunsch des Landkreises Calw nach einer S-Bahn-Verbindung nach Nagold setzt dessen Bereitschaft voraus, Bau und Betrieb allein zu stemmen. Keinesfalls darf es in unserem Raum zu einer Angebotsverschlechterung kommen, ebenso wenig dürfen wir in der Priorität der Landesförderung nach hinten rutschen.

#### **Landschaftspark**

Der Ausbau des Landschaftsparks, eine Mehrgenerationenaufgabe, kommt mit kleinen Bausteinen voran. Die Kommunen bezahlen die regionale Komplementärfinanzierung, sodass es sich letztlich um eine Mittelumverteilung handelt. Die Anreizwirkung ist zweifelsfrei gegeben – die Gewinner sind die Landschaft und die Menschen in unserer Region. Deshalb ste-

hen wir Freien Wähler zu diesem Programm, sofern es die gegenwärtige Dimension nicht verlässt. Weil unsere finanziellen Ressourcen begrenzt sind, ist es für den weiteren Ausbau des Landschaftsparks wesentlich, inwieweit es gelingt, die Einwerbung von Drittmitteln zu verstärken. Eine solche Chance bietet die vom Verband begleitete Bewerbung der Remstal-Kommunen um die Ausrichtung einer Landesgartenschau. Dieser innovative Ansatz einer regionalen Kooperation verdient die Anerkennung seitens des Landes.

#### **Regionalverkehrsplan**

Nach der Verabschiedung des Regionalverkehrsplan der nächste Kraftakt ins Haus. Auch wenn seine unmittelbare Wirkung etwas eingeschränkt ist, da wir bei den Straßenbauprojekten weitgehend von den Baulastträgern Bund und Land abhängen, ist seine Bedeutung für die politische Meinungsbildung nicht zu unterschätzen. Wichtig ist die laufende Untersuchung des Mobilitätsgeschehens in unserer Region. Das Ergebnis bringt uns ei-



ne wichtige Hilfestellung bei der Entwicklung einer Konzeption für alle Verkehrsarten bis hin zu einer regionalen Verkehrssteuerung. Ein solches integriertes Denken muss die in der Vergangenheit übliche isolierte Betrachtung einzelner Verkehrsangebote ablösen.

Bei **Kultur und Sport** geht es im Verbandshaushalt nicht um die großen Summen. Dennoch ist es wichtig, dass der Verband kulturelle und sportliche Veranstaltungen mit regionaler und überregionaler Bedeutung initiiert. Die von uns finanzierte hauptamtliche Geschäftsstelle der SportRegion Stuttgart betreibt eine recht fleißige Informationsarbeit, muss aber aus unserer Sicht ihre Bewährungsprobe bei der Akquise von Veranstaltungen von überregionaler Bedeutung noch bestehen.

### Wirtschaftsförderung

Neben dem ÖPNV und der Regionalplanung mit Landschaftspark ist die Wirtschaftsförderung mit einem Gesamtaufwand von 8,5 Mio. € die dritte wichtige Säule der Verbandsarbeit. Deren Notwendigkeit ist – unabhängig von der Konjunkturlage – unbestritten. Die WRS leistet ein umfangreiches Pensum – die Schwierigkeit besteht in der direkten Messbarkeit des Erfolgs. Mit 5,6 Mio. € Zuschuss haben wir eine Aufstockung um 100 000 € vorgenommen, eher eine Art Inflationsausgleich. Für unsere mittelfristige Planung wäre es wichtig zu wissen, wo die WRS künftig ihre Schwerpunkte setzen will und welcher Mittelbedarf daraus resultiert.

### Wir brauchen einen Beitrag des VRS zur Entlastung der Kommunen!

Ich habe eingangs die Bedeutung der Verbandsarbeit für das öffentliche und Wirtschaftsgeschehen beschrieben. Es sollte uns aber stets bewusst sein, dass das Fundament des Verbands die Landkreise, Städte und Gemeinden sind. Sie tragen alle Lasten, soweit nicht spezielle Einnah-



men, wie z.B. Fahrgeldeinnahmen, vorhanden sind. Die Summe der Umlagen, die letztlich – auch via Kreisumlage – bei den Gemeinden landet, beläuft sich auf rd. 90 Mio. € oder fast 34 € je Einwohner. Esslingen als zweitgrößte Stadt der Region ist da mit ca. 3,1 Mio. € dabei. Wir müssen also ein vitales Interesse daran haben, dass dieses kommunale Fundament der Region standfest bleibt.

Vor diesem Hintergrund haben wir Freie Wähler mehrere Anträge gestellt, um den Kommunen über die Durststrecke 2010 und 2011 hinweg zu helfen. Nach diesem Zeitraum hoffen wir ja alle auf die Wirkung der Berliner Konjunkturbeschlüsse. Mit einer kleinen Ausnahme tangieren diese Anträge, die wie befürchtet, alleamt abgelehnt wurden, die Verbandsarbeit nicht. Unser Ziel war es, kommunales Geld, das als Rücklagen in einer

Größenordnung von 38 Mio. € beim Verband „geparkt“ ist, teilweise zur Umlagenenkung zu verwenden. Rd. 15 Mio. € hätten flüssig gemacht werden können. Für eine Stadt wie Ludwigsburg immerhin ein Betrag von ca. 500 000 €. Liebe Kollegen in der Runde, wir können nicht verstehen, weshalb dafür so wenig Bereitschaft vorhanden ist.

15 Mio. €, die vor Ort für konjunkturwirksame Investitionen oder andere wichtige Aufgaben eingesetzt werden könnten. Beim Verband dienen sie nur zur teilweisen Abdeckung der S-Bahn-Landesförderung und zur Kassenverstärkung, ersparen also bestenfalls Kreditzinsen. Die Wirtschaft würde dies als „totes Kapital“ bezeichnen.

Eine Stilfrage ist die Art und Weise, wie mit unserem Antrag auf globale Minderausgabe in Höhe von 500 000 € umge-

gangen wurde. Wir wollten die Verwaltung auffordern, partnerschaftlich Vorschläge für Einsparungen zu unterbreiten. Sie kennt am besten das Arbeitsprogramm und die Prioritäten. Mit gutem Willen wäre das möglich gewesen. Man muss einen solchen Antrag nicht akzeptieren, aber der Ton macht die Musik.

### **Der Blick muss sich nach vorne richten**

Wir sind realistisch genug, davon auszugehen, dass unsere Anträge, die wir nach wie vor für absolut berechtigt halten, auch heute keine Mehrheit finden würden. Deshalb wiederholen wir sie für den Haushalt 2010 nicht. Allerdings sagen wir ganz deutlich, dass wir das Argument, die Landkreise und Gemeinden hätten sich auf die Umlagenhöhe eingestellt, nicht akzeptieren. Dort wird nach wie vor um Kleinstbeträge gerungen und stehen Steuer- und Gebührenerhöhungen ins Haus, die die Bemühungen der Bundesregierung, die Bürger und die Wirtschaft zu entlasten, weitgehend zunichte machen.

Da das augenblickliche Finanzdesaster auch noch 2011 anhalten wird, beantragen wir für das Haushaltsjahr 2011 ein anderes Verfahren zur Aufstellung des Etats. Es muss doch das Interesse aller Fraktionen sein, nicht erst bei der Einbringung des Haushalts im Oktober dessen Eckpunkte zu kennen. Für eine Steuerung ist es da zu spät. Deshalb möchten wir erreichen, dass schon vor der Sommerpause eine Vorberatung im WIV über die Eckpunkte des Etats stattfindet. Zu diesem Zeitpunkt ist auch das vorläufige Jahresergebnis 2009 bekannt. Ich bin sicher, dass hier im Gremium beim Einstieg in die Haushaltsberatungen nicht bekannt war, dass wir aus 2008 einen Überschuss mit rd. 5 Mio. € bzw. einen entsprechend höheren Rücklagenbestand haben.

Daher sollte künftig regelmäßig im Juli das vorläufige Ergebnis des Vorjahres vorgelegt und ein Zwischenbericht über das

laufende Jahr gegeben werden. Richtig wäre es auch, zu diesem Zeitpunkt eine Einschätzung des Finanzbedarfs der von uns gestützten Gesellschaften zu erhalten. Benötigt wird weiter ein Entwurf des Arbeitsprogramms für das kommende Jahr mit seinen finanziellen Auswirkungen.

Mit solchen Informationen wäre die Regionalversammlung in der Lage, frühzeitig Ziele für die Haushaltsplanung vorzugeben. Dieses demokratische Verfahren hat sich in der kommunalen Praxis bestens bewährt.

Wir möchten Sie bitten, dem Ihnen vorliegenden Antrag zuzustimmen. Damit wird nichts präjudiziert, denn es bleibt den Ausschüssen und der Vollversammlung unbenommen, inhaltlich frei über die Vorstellungen der Verwaltung und evtl. Anträgen der Fraktionen zu entscheiden.

Man hat uns Freien Wählern die Bezeichnung „Sparkommissare“ verliehen. Wir nehmen das als Prädikat und in der Öffentlichkeit wird dies auch dankbar wahrgenommen. Es wäre aber zu kurz gesprungen, dies mit mangelnder Unterstützung der Verbandsarbeit gleichzusetzen. Wir haben sehr wohl eine regionale Sicht der Dinge, verlieren dabei aber diejenigen nicht aus den Augen, die vor leeren Kassen und einem riesigen Aufgabenberg stehen. Verband, Landkreise und Gemeinden verwalten das gleiche Geld – Geld unserer Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft. Dies erfordert eine Gesamtschau der Dinge über alle Ebenen und gegenseitige Solidarität. Suchen wir doch verstärkt die Partnerschaft mit den Landkreisen und Städten – und zwar nicht nur beim Geld. Dies muss aber auch umgekehrt gelten.

Zum Schluss noch eine wenig beachtete Lebenserfahrung:

Mit dem Sparen muss man anfangen, solange man noch Geld hat. Wenn man tief in den roten Zahlen steckt, ist es zu spät.

## **Antrag zur Regionalversammlung am 2. Dezember 2009**

### **Antrag**

*Zur Vorbereitung der Haushaltsberatungen für das Jahr 2011 findet vor der Sommerpause im Ausschuss für Wirtschaft und Verwaltung eine Erörterung der Eckpunkte des Verwaltungsentwurfs statt. Dabei werden insbesondere folgende Punkte beraten:*

- 1. Finanzierung der zweiten Rate für Stuttgart 21 durch Umlage und/oder Rücklagenentnahme (Bestand rd. 20 Mio. €).*
- 2. Teilweise Verwendung des allgemeinen Rücklagenbestandes (Ende 2009 noch 7,6 Mio. € vorhanden) zur Umlagesenkung, soweit nicht im Haushaltsjahr 2010 bereits veranschlagt (1 Mio. €).*
- 3. Das vorläufige Jahresergebnis 2009 und ggf. Verwendung eines Überschusses/Rücklagenbestandes zur Umlagesenkung.*
- 4. Form der Vorfinanzierung der ausstehenden Landesförderung für S-Bahn-Bauten*
- 5. Das Arbeitsprogramm 2011 und der daraus resultierende Mittelbedarf, damit Prioritäten gesetzt bzw. Reduzierungen mit dem Ziel der Haushaltsentlastung und Reduzierung der Umlagen diskutiert werden können.*
- 6. Abschätzung des Zuschussbedarfs 2011 der vom VRS mitfinanzierten Gesellschaften.*

### **Gründe**

Die Haushaltslage der Landkreise und Kommunen befindet sich in einem kata-



strophalen Zustand. Wichtige Gegenwartsaufgaben können nicht oder nur unvollständig in Angriff genommen werden, weil die Verwaltungshaushalte nicht ausgeglichen werden können. Auf breiter Front müssen Abgaben erhöht und unverzichtbare Investitionen über Schulden finanziert werden. Dabei müssen die Jahre 2010 und 2011 im Zusammenhang gesehen werden, da zumindest in diesem Zeitraum mit keiner Verbesserung gerechnet werden kann. Zur dringend notwendigen Entlastung der kommunalen Ebene haben die Freien Wähler folgende Anträge gestellt, die alle in den Fachausschüssen abgelehnt wurden:

- Vollständige Finanzierung der ersten Rate von Stuttgart 21 durch Rücklagenentnahme.
- Finanzierung der ausstehenden Landesmittel für S-Bahn-Bauten durch Kredite

- Vollständige Verwendung des Überschusses/Rücklagenbestandes 2008 (4,9 Mio. € statt nur 1 Mio. €).
- Erhöhung des Ansatzes für Fahrgeldeinnahmen (in der Vergangenheit sind regelmäßig Mehreinnahmen erzielt worden).
- Vorschlag einer globalen Minderausgabe, damit die Verwaltung die Möglichkeit hat, ihre Prioritäten bei notwendigen Kürzungen zu setzen.

Diese Vorschläge hätten für 2010 zu einer Entlastung der Umlagezahler von etwa 15 Mio. € (5,60 € je Einwohner) geführt. Im Ergebnis hätte man damit den Kommunen nur das zurückgegeben, was sie in den vergangenen Jahren (bedingt durch Ergebnisverbesserungen im Verbandshaushalt) zu viel an Umlagen bezahlt haben.

Die Ablehnung wurde u.a. damit begründet, dass sich die Kreise und Kommunen bereits auf diese Umlagen eingestellt hätten und die Finanzlage 2010 noch relativ gut sei. Wenn man dieser Argumentation (die leider durch die Realität widerlegt ist) folgen will, sollte für das Jahr 2011 nicht zugewartet werden, bis der Haushaltsentwurf in der Regionalversammlung eingebracht wird. Die Verbandsorgane müssen früher als bisher die Möglichkeit erhalten, die Eckpunkte des Haushalts zu beraten um rechtzeitig Steuern zu können. Dieses in der kommunalen Praxis bewährte Verfahren stärkt die Haushaltsverantwortung der Verbandsorgane.

Die unbedingt gebotene Entlastung der Haushalte der Kreise und Gemeinden durch Senkung der Regionalumlagen könnte dann im Jahre 2011 erfolgen. Damit könnte der Verband Region Stuttgart ein wichtiges Signal an die kommunale Ebene aussenden, aus dem erkennbar wird, dass der VRS sich mit den Kommunen solidarisch erklärt.

#### ANSPRECHPARTNER

Alfred Bachofer  
Paul-Gerhardt-Straße 31  
72622 Nürtingen  
Fon (0 70 22) 47 09 09  
Fax (0 70 22) 24 10 69  
Mail A.Bachofer@gmx.net

#### GESTALTUNG

Wager ! Kommunikation  
In der Halde 20  
72657 Altenriet  
Fon (0 71 27) 9 31 58 07  
Fax (0 71 27) 9 31 58 08  
www.wager.de